

Diskriminierung: Landesregierung muss Beratung für Betroffene einheitlich regeln

## Ratsuchende nicht alleine lassen

Wer bei einem Arztbesuch oder im Krankenhaus aufgrund einer Behinderung, der Herkunft oder sexuellen Orientierung diskriminiert wird, hat es in Deutschland schwer, Anlaufstellen für eine Beratung oder Beschwerde zu finden. Das zeigt eine aktuelle Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Auch in Niedersachsen ist die Lage in diesem Bereich prekär – eine flächendeckende Ausstattung mit Ansprechpartner\*innen gibt es nicht. Der SoVD in Niedersachsen fordert deshalb von der Landesregierung, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen.



Foto: stokkete / Adobe Stock

Für Menschen mit Behinderung, die beispielsweise bei einem Arztbesuch Diskriminierungserfahrungen machen, gibt es oftmals keine unterstützende Anlaufstelle vor Ort.

Die Zahlen des Landeskriminalamts Niedersachsen sind besorgniserregend: Immer mehr Menschen erleben aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, ihres Glaubens oder einer Behinderung Übergriffe und Diskriminierung. Gleichzeitig gibt es in Niedersachsen aber keine einheitliche Struktur, die Betroffenen in solchen Situationen zur Seite steht. „Ob die Bundesländer Antidiskriminierungsstellen einrichten, hängt vom Willen der Politiker\*innen ab. Der scheint allerdings nicht dazu zu sein“, sagt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Es gebe zwar in einzelnen Städten und Gemeinden Angebote – zum Beispiel in Hannover, Lüneburg oder Oldenburg – von einer flächendeckenden Struktur sei man jedoch weit entfernt. „Es kann

nicht sein, dass es vom Wohnort abhängt, ob ich bei Erfahrungen mit Diskriminierung Hilfe bekomme oder nicht“, kritisiert er.

In acht Bundesländern gibt es bereits zentrale Landesdiskriminierungsstellen, in drei weiteren sind diese im Aufbau. „Niedersachsen gehört leider nicht dazu. Das allein macht deutlich, welchen Stellenwert die Antidiskriminierungsarbeit hat“, so der Vorstandsvorsitzende. „Wir brauchen dringend eine zentrale Stelle, die sich um den Aufbau und die Steuerung einer einheitlichen Beratungsstruktur kümmert. Das muss die Landesregierung in Angriff nehmen“, fordert er und ergänzt: „Derzeit scheint der soziale Zusammenhalt zu bröckeln. Umso wichtiger ist es, dafür zu sorgen, dass Ratsuchende nicht alleingelassen werden.“

SoVD fordert mehr Engagement für Gerechtigkeit

### Soziale Grundrechte

In diesem Jahr feierte das Grundgesetz, die Basis für das demokratische Zusammenleben in unserem Land, seinen 75. Geburtstag. Anlässlich dieses Jubiläums macht der SoVD deutlich, dass durch das Grundgesetz auch die Regeln für ein soziales Deutschland festgelegt werden. Er fordert deshalb seitens der Politik mehr Anstrengungen, um die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

„75 Jahre sind ein Grund zum Feiern – und in Zeiten, in denen Politiker\*innen angegriffen werden und rechtsextremistische Parteien an Zulauf gewinnen, ist das Grundgesetz wichtiger denn je“, betont Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Eins werde aber häufig vergessen: „Das Grundgesetz legt auch fest, dass der Staat für sozialen Ausgleich sorgen muss, wenn Ungerechtigkeiten auftreten.“ Hier gebe es in der derzeitigen Politik noch massiven Nachholbedarf. Deshalb fordere Niedersachsens größter Sozialverband vor allem mehr

Engagement in den Bereichen Armut und Wohnen. „Mehr als 17 Prozent der Menschen in Niedersachsen sind von Armut bedroht. In einem reichen Land wie Deutschland darf das nicht sein“, so Swinke. Gerade beim Bürgergeld müsse es endlich Regelsätze von mindestens 730 Euro monatlich geben, damit die Existenz der Betroffenen gesichert werden kann. Zudem gebe es in Niedersachsen noch immer zu wenig bezahlbaren Wohnraum. „Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Sozialwohnungen wieder gesunken. Anstatt bergauf, geht es immer weiter bergab“, kritisiert der niedersächsische SoVD-Chef.

Zum 75-jährigen Jubiläum hat der SoVD noch eine grundlegende Forderung. „Während das Grundgesetz bei den politischen Freiheiten und Rechten sehr konkret ist, bleibt es bei den sozialen Grundrechten ziemlich ungenau. Das Recht auf Arbeit, Wohnen und Bildung führt ein Schattendasein“, erläutert Swinke. Einklagbare soziale Grundrechte gebe es bis heute nicht: „Das muss sich ändern.“

Menschen müssen endlich vor Hitze geschützt werden

## Gesundheit in Fokus rücken

Wenn Wetterexpert\*innen Recht behalten, wird der kommende Sommer sehr heiß. Für viele Menschen wird es bei hohen Temperaturen gesundheitlich problematisch. In den vergangenen Jahren wurden immer wieder Konzepte angemahnt, mit denen Städte und Kommunen mit extremer Hitze umgehen und Betroffene schützen könnten. Bislang ist kaum etwas passiert. Für den SoVD in Niedersachsen ist das gerade im Hinblick auf den morgigen „Hitzeschutzaktionstag“ ein unhaltbarer Zustand – er fordert endlich mehr Tempo bei dem Thema.

Jedes Jahr werden Warnungen und Erklärungen abgegeben, die auf die Gefahren der Hitze und auf die Wichtigkeit von konkreten Maßnahmen hinweisen. „Immer, wenn der Sommer naht, kommt das Thema bei der Politik wieder auf die Tagesordnung. Eine schnelle Umsetzung der ganzen Pläne gibt es aber bislang nicht. Das zieht sich ewig in die Länge“, kritisiert Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Dabei sei statt Lethargie Tempo angesagt. „Für Ältere, Pflegebedürftige, Kinder und Menschen mit Herz-Kreislauferkrankungen sind hohe Temperaturen eine enorme Bedrohung. Hier kommt es häufig zu schweren gesundheitlichen Problemen und sogar Todesfällen“, erläutert Swinke weiter.

Niedersachsens größter Sozialverband sieht hier vor allem die Kommunen in der Pflicht.



Foto: Chalabala / Adobe Stock

Hitzeperioden sind vor allem für Kinder und ältere Menschen eine gesundheitsgefährdende Belastung.

„Schon vor vier Jahren haben die Gesundheitsminister\*innen festgestellt, dass Hitzeschutzpläne vor Ort dringend notwendig sind. Noch immer haben die wenigsten Kommunen in Niedersachsen sich umfassend mit dem Thema beschäftigt. Und da reden wir noch nicht einmal über die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen“, so der Vorstandsvorsitzende.

Deshalb fordert der SoVD nicht nur entsprechende Pläne, sondern auch eine schnelle Umsetzung. „Wir müssen Pflegeheime, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, Schulen und Kitas hitzefest machen. Da darf es nicht nur um Vorbeugung gehen, sondern auch um bauliche Maßnahmen“, sagt Swinke. Jede\*r Hitzetote sei eine\*r zu viel.

# Niedersachsenweite Aktionen zur Pflege

Auch im Juni waren viele SoVD-Engagierte in ganz Niedersachsen aktiv und haben in der Öffentlichkeit für das Thema Pflege sensibilisiert. Sie machten auf die Probleme in der Pflege aufmerksam, führten Gespräche mit Interessierten und konnten Betroffenen mit Informationen und Rat zur Seite zu stehen. Teil der Aktivitäten war auch eine Umfrage zu verschiedenen Pflege-Themen. Mit einem Glücksrad konnten Besucher\*innen der Infostände außerdem ihr Wissen rund um die Pflege testen. Die Aktionen sind Teil der aktuellen SoVD-Kampagne „Für mehr Miteinander“. Alle Veranstaltungstermine und weitere Details zu den Themen und Anliegen der Kampagne sind online unter [www.fuer-mehr-miteinander.de](http://www.fuer-mehr-miteinander.de) abrufbar.



Foto: G. Drewes / H. Witt

Der SoVD-Stadtverband Hemmoor beteiligte sich mit einem Infostand zu Pflege-Themen an der SoVD-Kampagne. Im Tagesverlauf zog der Stand zahlreiche Besucher\*innen an.



Foto: SoVD Stadthagen

Beim Aktionstag des Ortsverbands Stadthagen nahmen zahlreiche Besucher\*innen an der Pflege-Umfrage teil.



Foto: Horst Kieseewetter

Das ehrenamtliche SoVD-Team des Kreisverbands Hameln-Pyrmont kam mit vielen Passant\*innen ins Gespräch. Sie diskutierten Fragen zum Thema Pflege und zur Gesundheitspolitik.



Foto: Dr. Michaela Böster

Beim Thema Pflege gebe es große Unsicherheiten, schilderte das SoVD-Team aus Bad Essen.



Foto: Berko Härtel

SoVD-Aktive beteiligten sich am „Tag der Senioren“ in der Gifhorer Fußgängerzone. Sie standen für Fragen und Gespräche zur Verfügung und informierten über das Thema Pflege.



Foto: SoVD Rotenburg

Auf gleich zwei Veranstaltungen im Landkreis Rotenburg/Wümme präsentierte der SoVD seine Kampagne zur Pflege: auf der ROW-dinale in Rotenburg und auf dem Fest an der Wieste in Sottrum.



Foto: SoVD Walsrode

Auf dem Wochenmarkt in Walsrode stieß die Pflege-Umfrage auf großes Interesse.



Foto: SoVD Bawinkel und Lengerich

Die Ortsverbände Bawinkel und Lengerich nahmen am „Großen Fest im kleinen Park“ zum 50-jährigen Bestehen der Samtgemeinde Lengerich mit einem Informationsstand teil.



Foto: SoVD Burgdorf

In Gesprächen vor Ort hörten die Engagierten des SoVD in Burgdorf häufig die Einschätzung, dass die Politik mehr leisten müsse, um die alternde Gesellschaft im Pflegefall finanziell abzusichern.



Foto: SoVD Diepholz

Die Engagierten des SoVD-Ortsverbands Syke freuten sich über viele interessierte Teilnehmende an der Pflege-Umfrage.

Angebot des SoVD in Braunschweig mit den Johannitern

## Erste-Hilfe-Kurs für Kinder und Großeltern

Am Mittwoch, 24. Juli, veranstalten die Johanniter gemeinsam mit dem SoVD in Braunschweig einen kostenlosen Ersthelfer\*innenkurs für Großeltern gemeinsam mit ihren Enkelkindern ab sieben Jahren. Mit dem Kurs soll bei den Kindern frühzeitig die Bereitschaft zur Hilfeleistung gefördert werden. Die Jungen und Mädchen erlernen dann spielerisch die Grundlagen der Ersten Hilfe, wie man Verletzte und Erkrankte versorgt oder auch wie man einen Notruf korrekt absetzt. Außerdem ist das richtige Verhalten bei außergewöhnlichen Notlagen wie Unwetter oder Stromausfällen Thema des Kurses.

Der Kurs findet von 9.00 bis 12.30 Uhr in den Räumen der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. in der Ludwig-Winter-Straße 9 in Braunschweig statt. Interessierte können sich für den Kurs beim SoVD in Braunschweig anmelden: Einfach bis zum 15. Juli eine E-Mail an [info.braunschweig@sovd-nds.de](mailto:info.braunschweig@sovd-nds.de) mit dem Namen des teilnehmenden Großelternteils sowie Vor- und Zunamen und Geburtsdatum der Kinder schicken, damit nach dem Kurs Urkunden ausgestellt werden können. Bei Überbuchung wird eine Warteliste für einen Folgetermin erstellt.

Für alle, die nicht dabei sein können, erklärt ein Flyer, den der SoVD aufgelegt hat, das Wichtigste. Darin wird in einfacher Sprache erläutert, was Kinder im Notfall beachten müssen. Er sollte an gut sichtbaren Stellen im Haus aufgehoben werden. Der Flyer kann kostenlos beim SoVD im Bäckerklint 8 in Braunschweig abgeholt werden oder beim SoVD unter [bernd.dyko@sovd-nds.de](mailto:bernd.dyko@sovd-nds.de) bestellt werden.



Foto: Stefanie Jäkel

**Der kleine Notfall-Flyer für Kinder gibt wichtige Tipps.**

Im Juli und August informiert der Verband zu Altersrenten und Pflege Themen

# Online-Vorträge des SoVD

**Auch diesen Sommer informieren die Expert\*innen des SoVD in Vorträgen zu verschiedenen Fragen des Sozialrechts – digital und kostenfrei. Die erste Veranstaltung mit dem Titel „Altersrenten: Welche steht mir zu? Und reicht sie später zum Leben?“ findet am 25. Juli statt. Einen Monat später, am 22. August, steht der Online-Vortrag „Pflegegrad, Begutachtung & Co.: Was muss ich bei der Pflege zu Hause beachten?“ auf dem Programm. Die Teilnahme an den Vorträgen ist offen für alle Interessierten.**

Referent Kai Bursie, Regionalleiter des SoVD in Braunschweig, verschafft in seinem Vortrag am 25. Juli von 16 bis 17.30 Uhr einen umfassenden Überblick über die verschiedenen Arten der Altersrente. Dabei erklärt er auch alles Wichtige zum Anspruchsalter und zu den Anspruchsvoraussetzungen. Außerdem spricht der Sozialrechtsexperte über die Grundzüge der Rentenberechnung sowie mögliche Rentenlücken und thematisiert, wie sinnvoll eine weitere Altersvorsorge sein kann.

Im Vortrag von Katharina Lorenz geht es um die vielen Fragen rund um häusliche Pflege, die Betroffene oft verunsichern. Die Referentin gibt am 22. August von 16 bis 17.30 Uhr Antworten darauf und erklärt, was bei der Pflege zu Hause beachtet werden muss. Wer etwa einen Pflegegrad beantragen möchte, stößt oft auf Unklarheiten und ist mit dem Ausfüllen der zahlreichen Anträge überfordert. Daher erläutert Lorenz den Teilnehmenden des Online-Vortrags,



Foto: Studio Romantic / Adobe Stock

**Zu den regelmäßig stattfindenden digitalen Vorträgen des SoVD sind alle Interessierten kostenfrei eingeladen.**

wie ein Pflegegrad beantragt wird und welche Voraussetzungen dafür erfüllt sein müssen. Außerdem geht sie darauf ein, wie eine Begutachtung durch den Medizinischen Dienst (MD) abläuft und gibt wertvolle Tipps, was Betroffene dabei berücksichtigen sollten. Auch stellt Lorenz mögliche Hilfen und Leistungen der Pflegeversicherungen vor, falls jemand mit dem zuerkannten Pflegegrad nicht einverstanden ist.

Mitglieder und andere Interessierte können sich bis zum 22. Juli beziehungsweise bis zum 19. August unter [weiterbildung@sovd-nds.de](mailto:weiterbildung@sovd-nds.de) für die jeweilige Veranstaltung anmelden. Einen Zoom-Teilnahmelink erhalten sie spätestens am Tag der Veranstaltung per E-Mail. Mehr Informationen zur digitalen SoVD-Vortragsreihe und zu weiteren geplanten Themen sind unter [www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de) verfügbar.

SoVD-Frauensprecherinnen in Oldenburg-Delmenhorst luden zum Info-Nachmittag

## „Wege aus der Armutsfalle für Frauen“

„Es ist ein geiles Rentensystem, man muss es nur richtig zusammenbauen“, sagte Petra Demuth, Referentin des Info-Nachmittags, den der Kreisarbeitszirkel (KraZ) der Frauensprecherinnen des SoVD-Kreisverbands Oldenburg-Delmenhorst organisiert hatte. Vierzig teilnehmende Frauen wie Männer wollten wissen, wie sie der Armutsfalle im Alter entgehen können. Demuth ist Rentenexpertin des Berliner Unterstützungs- und Vorsorgewerkes für den Dienstleistungsbereich und gab wertvolle Tipps.

„Wir haben den Kreisarbeitszirkel gegründet und uns KraZ-Bürsten genannt, um gesellschaftlich relevanten Themen wie Altersarmut, die hauptsächlich Frauen betreffen, mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen und Worten Taten folgen zu lassen, ohne gleich abzuschrecken“, sagte Kreisfrauensprecherin Hannelore Veit. Daher der Vortrag – begleitet von

Kaffee, Kuchen und Landfrauenchor. Launig begrüßte Veit die interessierten Teilnehmenden sowie den Bürgermeister von Hude, Jörg Skatulla, die stellvertretende Bürgermeisterin von Ganderkesee und stellvertretende Landrätin, Christel Ziebler, Benjamin Kruse, 1. SoVD-Kreisvorsitzender, sowie Dr. Jörg Hülper, Leiter des Sozialberatungszentrums

und des Regionalbereichs Oldenburg.

Humorig, weil der Nachmittag im Tagungsraum des Campingplatzes am Falkensteinsee stattfand, sagte Veit: „Eher ein Ort für ein entspanntes Thema. Aber vielleicht kamen die Tipps deshalb so gut an.“ Einer davon: Wer nach der Regelaltersrente weiterarbeitet, erhält für jeden Job-Monat 0,5 Prozent monatlich auf die Rente drauf. Denn es gibt keine Hinzuverdienstgrenze mehr. Auch nicht für die, die mit Abschlägen vorzeitig in Rente gehen. Das hörten viele mit Interesse: „Warum sagt uns das sonst keiner?“. Auch wer früher Rente erhält, kann dazuverdienen. Das 0,5-Prozent-Bonbon gibt's allerdings erst ab der „Regelaltersgrenze“. Eine Abstimmung ergab: Die reguläre Rente ohne Abschläge kommt nur für wenige in Betracht: 45 Beitragsjahre, die nötig sind, hatten nur acht Teilnehmende auf dem Buckel.



Foto: Dr. Hergen Riedel

**Petra Demuth (links) mit Vertreterinnen des KraZ-Arbeitszirkels vom SoVD in Oldenburg-Delmenhorst**

### BERATUNG



Foto: Stefanie Jäkel

## Jetzt vormerken: Juli-Termin für die WhatsApp-Sprechstunde

**Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragDenSoVD.**

Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Berater\*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Bürgergeld sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Die nächste WhatsApp-Sprechstunde findet am Dienstag, 9. Juli, von 15 bis 16 Uhr statt. Die aktuellen Termine werden auch unter [www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de) veröffentlicht.

### Impressum

Sozialverband Deutschland  
Landesverband Niedersachsen e. V.  
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover  
Tel.: 0511 70148-0  
Fax: 0511 70148-70  
[www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de)  
[presse@sovd-nds.de](mailto:presse@sovd-nds.de)

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

**Redaktion:**  
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54  
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-67

**Leitung:**  
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

**Vertrieb und Druck:**  
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

## SOVD-BERATUNG

## Offene Telefonberatung am 10. Juli

Der SoVD in Braunschweig veranstaltet am Mittwoch, 10. Juli, von 10 bis 11.30 Uhr wieder eine offene Telefonberatung.

Dann werden alle Fragen des Sozialrechts beantwortet – etwa rund um die gesetzliche Renten-, Pflege- und Krankenversicherung oder zum Schwerbehindertenrecht, Bürgergeld oder Wohngeld. Interessierte können sich kostenlos unter der Telefonnummer 0531 2 444 192 informieren. Am Telefon wird Kai Bursie, Experte im Sozialrecht und Regionalleiter des SoVD, die Ratsuchenden beraten. Im Anschluss können auch persönliche Gespräche oder weiterführende Telefonate vereinbart werden.

Anonym werden besonders interessante Gespräche am Freitag, 2. August, von 14 bis 15 Uhr in der Radiosendung „SoVD-Regional“ auf Okerwelle 104,6 – per Livestream und App – ausgestrahlt. So können sich auch weitere Interessierte informieren.

SoVD-Kreisverband Diepholz veranstaltet Podiumsdiskussion und bringt Akteur\*innen zusammen

## „Mehr ÖPNV für mehr Teilhabe“

Barrierefreiheit und Teilhabe sind den SoVD-Engagierten im Kreisverband Diepholz besonders wichtige Anliegen. Ihr Engagement zeigte sich etwa mit der Eröffnung der Veranstaltungsreihe „Teilhabe und Barrierefreiheit“, die der SoVD gemeinsam mit Landkreis, der Volkshochschule und dem Kreisbehindertenrat ausrichtete. Nun folgte eine vom SoVD veranstaltete Podiumsdiskussion in Sulingen, die sich mit der Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und mit Maßnahmen für mehr Teilhabe auseinandersetzte. Verschiedene Akteur\*innen und Betroffene nahmen daran teil und tauschten die jeweiligen Probleme vor Ort und Lösungsansätze aus.

Einer der Gäste der Diskussionsveranstaltung war Marc Boda, Beschäftigter der Delme-Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Er schilderte, dass etwa Taxi-Fahrten zu Kultur- oder Politikveranstaltungen für beeinträchtigte Grundsicherungsempfänger auf Dauer nicht finanzierbar seien. Fehlende Mobilität erschwere nicht nur Menschen mit Beeinträchtigungen eine Teilhabe, sondern zunehmend auch Senior\*innen, verdeutlichte zudem Wiebke Wall, Sprecherin der Sozialpolitischen Ausschusses des SoVD in Diepholz. Die Lage Sulingens als Knotenpunkt von drei landesbedeutenden Buslinien sei zwar traumhaft. „Tatsächlich fehlt es am innerörtlichen Personennahverkehr – und damit an den Zubringern zu den Landesbuslinien.“

Ortwin Stieglitz aus Varrel gilt als einer der Botschafter des Anruf-Sammel-Taxis in der 7.500 Einwohner\*innen zählenden Samtgemeinde Kirchdorf. Aktu-

ell registrierte man 3.300 Fahrten im Jahr. „Für den Haushalt für das Jahr 2023 war ein Aufwand von um die 60.000 Euro ausgewiesen. Bei einem Gesamthaushaltsvolumen von zwölf Millionen Euro sollte das machbar sein.“ Und: „Mit Blick auf die Daseinsvorsorge war die Einführung eine gute Entscheidung, die zwischenzeitlich von anderen Samtgemeinden übernommen wurde.“

Kreisrätin Britta Korfage stellte das Förderprogramm vor, über das der Landkreis den einzelnen Einheits- und Samtgemeinden seit dem Jahr 2021 und aktuell noch bis in das Jahr 2026 jeweils 50.000 Euro im Jahr zur Verfügung stellt.

Stefan Bendrien vom ZVBN ging auf den On-Demand-Verkehr ein, „der aktuell aufgrund digitaler Weiterentwicklungen eine Renaissance erlebt.“ Anruf-Sammel-Taxi-Systeme seien per se nicht gut oder schlecht. „Am Ende kommt es auf die Nachfrage an“, so Bendrien. Jörg Schneider, Sprecher des Bundesfachaus-



Foto: Carsten Schlotmann

Marc Broda, Bewohner des Inklusiven Wohnens der Lebenshilfe Grafschaft Diepholz, fand in Jörg Schneider, Britta Korfage, Stefan Bendrien, Ortwin Stieglitz und Wiebke Wall (v.l.) interessierte Zuhörende. Rechts im Bild: Moderator Bruno Hartwig.

schusses Verkehr des NABU und Mitbegründer von „moobil“ in den Landkreisen Vechta und Cloppenburg empfiehlt den Kommunen des Landkreises, sich verstärkt den Fragen der innerörtlichen Erschließung zu widmen. Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen, würdigte in seinem Schlusswort das Engagement und resümierte: „Eine Lösung durften wir heute nicht erwarten; aber die Fortschreibung

eines Prozesses. Wichtig ist, die Akteure an einen Tisch zu bringen.“ Unter anderem verfolgten der Bundestagsabgeordnete Axel Knoerig, Sulingens Bürgermeister Patrick Bade sowie mit Ulrike Tammen und Volker Meyer Kandidat\*innen zur Wahl des Landrats des Landkreises Diepholz die Diskussion.

Weitere Informationen zu Aktivitäten des SoVD-Kreisverbands Diepholz sind unter [www.sovd-diepholz.de](http://www.sovd-diepholz.de) abrufbar.

Häusliche Pflege: Rentenversicherung rechnet Pflegezeiten als Beitragszeiten an

## Pflegepersonen können Rente aufbessern

Wird ein Familienmitglied zum Pflegefall, übernehmen meist Angehörige die häusliche Pflege. Unter bestimmten Voraussetzungen zahlt die Pflegekasse dann auf das Rentenkonto der pflegenden Angehörigen, oder auch der ehrenamtlich Pflegenden wie zum Beispiel Bekannten, ein.

Kümmern sich Angehörige oder andere ehrenamtliche Pflegepersonen um eine\*n Pflegebedürftige\*n, zahlt die Pflegekasse unter Umständen auf deren Rentenkonto ein. So können beispielsweise für diese häusliche Pflegetätigkeit verringerte Arbeitszeiten ausgeglichen werden. „Die Rentenversicherung zahlt die Pflegezeiten als Beitragszeiten, sodass sie dabei helfen, Wartezeiten für die Rente zu erfüllen“, informiert Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen. Aber auch wer schon eine vorgezogene oder die Regelaltersrente bezieht, kann seine\*ihre Bezüge weiter erhöhen. Für Erstere gilt: Die Zeit bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze ist rentenversicherungspflichtig, daher zahlt die Pflegekasse währenddessen Rentenbeiträge ein. Nach Erreichen der Altersgrenze müssen Betroffene auf die volle Altersrente verzichten, um zu profitieren – etwa durch eine 99,9-Prozent-Teilrente. „Eine



Foto: Pikel / iStock

Viele Menschen in Deutschland unterstützen ihre pflegebedürftigen Angehörigen zu Hause.

Rückkehr zur vollen Rente ist jederzeit problemlos möglich“, weiß Lorenz.

Als Anspruchsvoraussetzung muss bei der pflegebedürftigen Person mindestens der Pflegegrad 2 vorliegen. Außerdem muss die Pflegetätigkeit mindestens zehn Stunden pro Woche umfassen und auf mindestens zwei Tage in der Woche im Jahr verteilt sein. „Berufstätige dürfen maximal 30 Stunden pro Woche einem Job nachgehen“, erklärt Lorenz. Wie sich die Bei-

tragszahlungen der Pflegekasse dabei auf die Rente auswirken, hängt individuell von der bezogenen Leistung und dem Pflegegrad ab. „Für 2024 ergibt ein Jahr Pflege eine monatliche Rente von zwischen 6,69 Euro und 35,51 Euro“, so Lorenz.

Die Berater\*innen des SoVD sind bei weiteren Fragen zum Thema Rente sowie Antragstellungen gerne behilflich. Über das Mitglieder-Service-Telefon unter 0511 65610722 können Beratungstermine vereinbart werden.

Neue Podcast-Folge – jetzt reinhören

## So klappt es mit dem Therapieplatz

Wer psychische Probleme hat, steht vor einem großen Problem: Es gibt viel zu wenig Behandlungsplätze. 40 Prozent der Betroffenen warten drei bis neun Monate auf eine Therapie. Oft hat das dramatische Folgen. Was genau passieren kann und welche Auswirkungen das hat, erzählen wir in unserem aktuellen Fall. Darin erläutern wir auch, unter welchen Umständen Krankenkassen die Kosten für eine Privattherapie übernehmen.

Tina Lindemann vom Projekt „Orientierungshilfe und

Beratung Online in seelischen Belastungssituationen“ (OBEON), ist für viele Betroffene Retterin in der Not. Zusammen mit ihrem breit aufgestellten Team steht sie Menschen in seelischen Belastungssituationen, mit psychischen Erkrankungen sowie deren Angehörigen mit Rat und Tat zur Seite.

Mit ihr sprechen die Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel nicht nur über die Unterstützung, sondern auch über den Ablauf einer Beratung.



Foto: Martin Bargiel / Layout: Steeeg GmbH

Einmal im Monat gibt es eine neue Folge auf [www.sovd-nds.de/podcast](http://www.sovd-nds.de/podcast) und auf allen gängigen Podcast-Plattformen.